

Drucksache 2996/2020-2025



Freie Demokratische Partei
FDP im Rat der Stadt Bielefeld

Jasmin Wahl-Schwentker
Fraktionsvorsitzende

Kontakt Fraktionsbüro:
Telefon: 0521 51-5079
E-Mail: rat@fdp-bielefeld.de

FDP im Rat der Stadt Bielefeld • Altes Rathaus
Niederwall 25 • 33602 Bielefeld

Vorsitz des Rates der Stadt Bielefeld

Herr Oberbürgermeister Clausen

Bielefeld, den 6. Dezember 2021

Realistische Grundlagen in der Verkehrspolitik schaffen

Antrag der FDP zur Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld am 09.12.2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Clausen,

für die o.g. Sitzung stelle ich für die FDP folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

Für die weitere Verkehrsentwicklung in Bielefeld wird an einem Modal-Split von 25 % Radverkehr, 25 % Fußverkehr, 25 % ÖPNV und 25 % MIV nicht festgehalten. Oberstes Ziel der Dekarbonisierung in der Verkehrspolitik sind nicht Anteile von Verkehrsträgern, sondern die Minimierung von Emissionen mit dem Ziel der Klimaneutralität.

Begründung:

Die durch die Stadt bisher eingeholten Gutachten zeigen, dass diese Verteilung der Verkehrsträger für Bielefeld nicht sinnvoll umsetzbar ist. Es rächt sich, dass ein Modal-Split von 25 % Radverkehr, 25 % Fußverkehr, 25 % ÖPNV und 25 % MIV nur im politischen Raum ohne eine vorhergehende Untersuchung der Machbarkeit oder einer Kosten-Nutzen-Relation willkürlich festgesetzt worden ist. Die eingeholten Gutachten zeigen: Um den mobilen Individualverkehr auf die Hälfte zu reduzieren, ist eine künstliche Verknappung des Straßen- und Parkraums erforderlich, der die Erreichbarkeit der Innenstadt massiv beeinträchtigt und die Händler erheblich schädigt. Erforderlich ist eine Verteuerung des Parkraums. So müssten Anliegerparkplätze um mehr als 200 % von 30 € auf über 700 € im Preis angehoben werden. Erforderlich ist ein Rückbau von Hauptverkehrsstraßen, wodurch Rettungswege wegfallen oder eingeschränkt werden und anliegende Betriebe von Arbeitnehmern kaum noch erreicht werden.

Das Ziel einer CO₂-Reduktion im Verkehrssektor wird durch Regelungen des Bundesgesetzgebers mit ziel-führenden Maßnahmen (Wegfall fossiler Treibstoffe, CO₂-Bepreisung) erreicht. Die Kommunen hingegen sind aufgerufen, Mobilität sicherzustellen und zu erleichtern. Dazu gehört der Ausbau des ÖPNV und die Schaffung sicherer Rad- und Fußwege abseits der Hauptverkehrsstraßen, die Schaffung einer Ladesäuleninfrastruktur bzw. Wasserstofftankstellen. Ein leistungsfähiges Straßennetz ist gerade in ländlich geprägten Städten mit der Funktion eines Oberzentrums in der Region, wie das in Bielefeld der Fall ist, Teil eines nachhaltigen Mobilitätskonzepts. Die Festlegung auf einen Modal-Split ist aufzugeben.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Richtigkeit:

Jasmin Wahl-Schwentker
Fraktionsvorsitzende

Nicolas J. Strahlke
Fraktionsgeschäftsführer